

ANFRAGE

der Abgeordneten Nicole Sunitsch
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft
betreffend **Direktzahlungen – Mehr für kleine Höfe!**

Die Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union entscheiden über das Überleben bäuerlicher Familienbetriebe. Nach dem Rückgang 2023 zeigte 2024 nur eine leichte Erholung; viele Höfe leiden weiter unter hohen Preisen für Energie, Futter und Zinsen.¹ Heute fließt ein zu großer Anteil an große Flächen, während kleine und mittlere Betriebe zurückbleiben. Österreich hat zwar zusätzliche Zahlungen für die ersten Hektar eingeführt, entscheidend ist aber, wie viel Geld je Betriebsgröße und je Bundesland tatsächlich ankommt, wie schnell ausbezahlt wird und wie hoch die Verwaltungskosten sind.² Vorrang muss haben, dass die Mittel bei den arbeitenden Familienbetrieben ankommen – nicht in der Verwaltung. Daher braucht es volle Transparenz, klare Obergrenzen und abgestufte Zahlungen zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe; zugleich sind Auszahlungen zu beschleunigen und Verwaltungskosten zu senken. Solche Instrumente (Kappung/ Degravitätivität) sind im Unionsrecht ausdrücklich vorgesehen.³ So stärken wir die bäuerlichen Familien und sichern die heimische Versorgung.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage

1. Wie hoch ist der Anteil der Direktzahlungen 2023, 2024 und Jänner bis September 2025 bei Betrieben unter 20 Hektar und unter 50 Hektar je Bundesland?
 - a. Welche Zielwerte setzt das Ressort für 2026 je Bundesland?
 - i. Wie werden diese Zielwerte erreicht (Maßnahmen)?
 - ii. Bis wann sollen die Zielwerte erreicht werden?
 - b. Wie viele Betriebe unter 20 Hektar und unter 50 Hektar wären je Bundesland zu fördern, um die Zielwerte zu erreichen?
2. Wie hoch ist das Jahresvolumen der zusätzlichen Zahlungen für die ersten Flächen 2023 bis 2025?
 - a. Plant das Ressort höhere Sätze zugunsten kleiner Betriebe ab 2026?
 - b. Wie viele kleine Betriebe profitieren und welcher Gesamtmehrbetrag ergibt sich je Bundesland?
3. Welche Obergrenzen und abgestuften Zahlungen prüft das Ressort aktuell?
 - a. Welcher Schwellenwert und welche Staffelung sind vorgesehen?

¹ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/III/1224/imfname_1654370.pdf (aufgerufen am 07.10.2025)

² <https://www.bmluk.gv.at/themen/landwirtschaft/gemeinsame-agrarpolitik-foerderungen/nationaler-strategieplan/direktzahlungen-und-konditionalitaet-ab-2023.html> (aufgerufen am 07.10.2025)

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A02021R2115-20240525> (aufgerufen am 07.10.2025)

- i. Wie sieht der Zeitplan für Beschluss und Start aus?
- b. Welche Ausnahmen oder Anrechnungen sind vorgesehen (z. B. Arbeitsplätze, Lohnkosten)?
4. Wie lange dauern die Auszahlungen im Durchschnitt 2023 bis 2025?
5. Wie hoch sind die Verwaltungskosten 2023 bis 2025?
 - a. Welcher maximale Anteil am Auszahlungsvolumen gilt ab 2026 als Ziel?
 - b. Wie hoch sind die Kosten je ausbezahlt Euro in den Jahren 2023 bis 2025?
6. Wie hoch sind gebundene, noch nicht ausbezahlt Mittel 2023 bis 2025 je Größenklasse?
 - a. Bis wann werden diese Mittel ausbezahlt, je Bundesland?
7. Wird der Satz für die ersten Flächen an die Preisentwicklung angepasst?
 - a. In welcher Höhe und ab wann gilt die Anpassung?

 Michael Pfeifer
 Michael Pfeifer
 Michael Pfeifer